

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich außer an den Feiertagen. Der Abonnementspreis beträgt 2 Mk. 50 Pf. für ein Jahr im Voraus. Bei Bestellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Vorbestellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Vorbestellung durch die Boten 2,30 Mk. Einzelnummern 5 Pf. Für den Anzeigenpreis siehe unten. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Druckfehler nicht verantwortlich. — Abdruckung einzelner Artikel erfolgt nur, wenn vorher schriftlich.

Angelagerter: Die 4. Spaltenzeile 20 Wilsdruffer, die 4. Spaltenzeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Wilsdruffer, die 3. Spaltenzeile der amtlichen Bekanntmachungen 100 Wilsdruffer. Die 1. Spaltenzeile der amtlichen Bekanntmachungen 100 Wilsdruffer. Die 1. Spaltenzeile der amtlichen Bekanntmachungen 100 Wilsdruffer. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 8. Die 1. Spaltenzeile der amtlichen Bekanntmachungen 100 Wilsdruffer.

Nr. 230. — 85. Jahrgang. Teleg.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Freitag, den 1. Oktober 1926

## Reichspräsident von Hindenburgs 79. Geburtstag.

Zum 2. Oktober.

Reichspräsident von Hindenburg ist vor seinem Geburtstag von Berlin zu einem Landaufenthalt verreist und wird erst nach dem 2. Oktober zurückkehren.

„Ich habe das sichere Vertrauen, daß es der Gedankenstärke und der Gedantentiefe der Besten unseres Vaterlandes gelingen wird, neue Ideen mit den kostbaren Schätzen der früheren Zeit zu verschmelzen und aus ihnen vereint dauernde Werte zu prägen zum Heile unseres Vaterlandes.“

In diesen Worten Hindenburgs kommt sehr deutlich seine Stellung zu dem zum Ausdruck, was man „neu“ und was man „alt“ Zeit nennen mag, besser gesagt, was man als „Fortschritt“ und was man als „Konservatismus“ auffassen will. Ihm, der doch so stark ein Vertreter preussisch-deutscher Geschichte und preussisch-deutscher Wesens ist, ist eine Idee nicht gleich wertvoll nur deswegen, weil sie neu ist, sondern sie erhält Kraft und Wert nur dann, wenn sie im Boden der Tradition, der Verknüpfung mit den Werten der Vergangenheit wurzelt. Darum ist dieser oberste Repräsentant des Reiches politisch aber auch ebenso weit wie von einem übertriebenen Radikalismus entfernt von einem erstarrten Ablehnen jeder andersgearteten Idee. Viele Deutsche, die ihn ehedem bekämpften, müssen jetzt, nachdem er anderthalb Jahre hindurch die Würde des höchsten Reichsbeamten bekleidete, zu seinem 79. Geburtstag zugeben, daß er in voller Unparteilichkeit seines Amtes waltete.

Angelehnt der paritätischen Überschwerung unseres öffentlichen Lebens sind wir dem Reichspräsidenten zu besonderem Dank verpflichtet. Leicht wird ihm diese Unparteilichkeit nicht gemacht, aber er geht unbeeinträchtigt seinen Gang. Niemand zu Liebe und niemand zu Leide, und wenn mancher Partei Abneigung von Entgleisungen nicht fernbleibt, so weiß Hindenburg doch genau genug,



Reichspräsident von Hindenburg.

daß die überwältigende Masse des deutschen Volkes ihm die Achtung zollt, auf die er rechnen kann, die er errungen hat durch ein Leben, das nur Dienst, nur Pflichterfüllung war. Die Gegenwart spricht so viel, viel zu viel von Rechten: Hindenburg spricht nur von Pflichten. Und besser stünde es um Deutschland, wenn es sich stärker als bisher von diesem Geist des Pflichtbewußtseins erfüllen ließe.

79 Jahre — fast hat Hindenburg nun jenes Alter erreicht, das die Bibel als ein glückliches bezeichnet. Aber auch das andere Bibelwort trifft auf Hindenburgs Lebensgang zu, daß dieses Leben ein löpliches war, weil es Mühe und Arbeit gewesen ist. Und dieser Mann, der vom strahlendsten Ruhmesglanz des Sieges umgeben war, der dann den furchtbaren Niederbruch durchmachte, das Auf und Ab des Daseins äußerlich wie innerlich durchwandern mußte, hat eines nicht aufgegeben und wird es nie aufgeben: die Hoffnung auf einen bereinstigen Wiederaufstieg.

„Ich habe das Geldentringen meines Vaterlandes gesehen und glaube nie und nimmer, daß es sein Todesring gewesen ist.“

## Begegnung Chamberlain—Mussolini.

### Die Konferenz von Civita-Vecchia.

Englisch-italienische Aussprache.

Zwischen dem italienischen Diktator Mussolini und dem englischen Außenminister Chamberlain hat in Civita-Vecchia, dem Kriegshafen Rom, eine Begegnung stattgefunden, die in politischen Kreisen große Bedeutung beigemessen wird und die auf Wunsch Mussolinis zustande gekommen ist. Die Konferenz der beiden Staatsmänner wurde am Bord der im Tripolis-Krieg beschlagnahmten türkischen Yacht „Giuliana“ abgehalten. Wie in unterrichteten Kreisen verlautet, war die Begegnung vor allem der Ausdruck persönlicher Freundschaft zwischen Chamberlain und Mussolini sowie das Bedürfnis beider Staatsmänner, nach der französisch-deutschen Verständigung ihrerseits als Garanten der Locanoverträge sich über ihre Stellung zu verständigen.

In erster Linie sollen bei der Unterredung Mittelmeerfragen zur Besprechung gekommen sein, ferner die außereuropäischen und die Kolonialfragen, die den Italienern sehr am Herzen liegen. Hierbei wird von englischen Blättern vor allem auf die äthiopische und die Tanagerfrage hingewiesen. Nach dem „Daily Telegraph“ sieht Großbritannien dem italienischen Wunsch auf angemessene Verringerung der Tanagerzone durchaus sympathisch gegenüber. Frankreich und Spanien seien, so meint das Blatt, schließlich nicht die einzigen Mächte, die an der strategischen Schlüsselstellung im westlichen Eingang zum Mittelmeer ein Interesse hätten.

Mussolini befand sich bei der Unterredung in Begleitung seines Unterstaatssekretärs im Ministerium des Äußern, Grandi, und seines Kabinettschefs. Nach dem „Daily Telegraph“ hat sich Chamberlain ohne jeden technischen Ratgeber und ohne Sekretäre zu der Unterredung begeben, so daß es ihm nicht möglich sein wird, wichtige Beschlüsse zu fassen, ohne vorher das englische Kabinett befragt zu haben.

### Das offizielle Kommuniqué.

Rom, 30. September. Die Agenzia Stefani gibt folgende Mitteilung aus: Mussolini und Chamberlain sind heute in Livorno zusammengetroffen. Die Besprechungen zwischen den beiden Staatsmännern, die, wie man weiß, durch Beziehungen gegenseitiger persönlicher Freundschaft miteinander verbunden sind, sind in sehr herzlicher Weise verlaufen. Die beiden Minister haben die wichtigsten internationalen Fragen der Stunde geprüft und dabei die Genehmigung gehei, die Intimität der englisch-

## Europäische Rohstahlvereinigung Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg.

### Abschluß des Eisenpaktes.

In Brüssel unterzeichnet. Donnerstags mittags 1 Uhr wurde in Brüssel das seit langer Zeit in Vorbereitung befindliche Eisenpakt zwischen der deutschen, französischen, belgischen und luxemburgischen Stahlindustrie abgeschlossen und unterzeichnet. Die Vereinigung kam zustande, nachdem die Belgier ihre anfänglichen Forderungen ermäßigt hatten und dem Saargebiet ein besonderes Kontingent zugesprochen war. Das Kartell soll sofort in Wirksamkeit treten.

Die jetzt gegründete Rohstahlgemeinschaft ist nicht international gedacht, wie mitunter irrtümlich gesagt wurde, sondern soll auf die genannten wichtigsten Produktionsländer Europas beschränkt sein. England bleibt dabei vorläufig ausgeschlossen, weniger wohl, weil

### Bereinsrecht.

Unter den vielen Aufgaben, die dem Reichstag in der kommenden Winteression alsbald zur Behandlung vorstehen, befindet sich auch ein Entwurf, der die Änderung der Vereinsgesetze enthält. Man muß sagen: der Vereinsgesetze, denn das Vereins- und Versammlungsrecht ist so vielen Abänderungen unterworfen worden, daß von dem alten Gesetz von 1908 nur noch wenig übriggeblieben ist. Auch die Verfassung begünstigt sich mit einer sehr allgemeinen Regelung, die ja durch die Praxis der Verwaltungsbehörden wieder häufig eine Umdeutung erfahren hat. Die Rechtslage ist also eine außerordentlich unsichere und sie hat durch die einschlägigen Bestimmungen des Republikaufhebungsgesetzes und durch die Unbestimmtheiten des Artikels 48 der Reichsverfassung,

italienischen Beziehungen und gleichfalls die von den beiden Regierungen für die Lösung der wichtigsten europäischen Probleme eingehaltene Linie zu bestätigen.

## Die polnische Regierung zurückgetreten.

Eigener Fernsprecheinst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Warschau, 30. September. Das Budgetprovisorium der polnischen Regierung, das erneut dem Sejm zugeworfen war, ist von diesem mit 206 gegen 94 Stimmen abgelehnt worden. Die Ueberwindung war so stark, daß weder Piłsudski noch Bartels das Wort ergrieff. Die Regierung zog sich zu einer sofortigen Vertagung zurück. Am 9 Uhr trat der Sejm erneut zusammen und nahm eine kurze Erklärung des Ministerpräsidenten Bartels entgegen, in der es heißt, die Regierung trete zurück, weil in der soeben abgehaltenen Kabinettsitzung sich vier Minister „einweisen und unter Vorbehalt“ gegen Auflösung des Sejm ausgesprochen hatten. Die Seimtsitzung wurde sofort wieder geschlossen. Bartels begab sich im Auto zum Staatspräsidenten und überreichte die Demission, die sofort angenommen wurde.

## Piłsudsky bildet die neue Regierung.

Warschau, 1. Oktober. Heute vormittag um 11.05 Uhr erließ Piłsudsky den Auftrag vom Staatspräsidenten, eine Regierung zu bilden. Er hat diesen Auftrag angenommen und sich verpflichtet, innerhalb 24 Stunden die Ministerliste vorzulegen.

## Die Sowjet-Union bieten Polen Desinteressement an Wilna gegen Sonderpakt.

Warschau, 1. Oktober. Der sowjetrussische Gesandte in Warschau, Wostkow, hat am Donnerstag im polnischen Außenministerium vorgeschlagen, wo er dem Staatssekretär Knoll, der zurzeit die Vertretung Polens hat, folgenden offiziellen Vorschlag der Sowjetregierung unterbreitet: Die Sowjetregierung ist noch bereit, ihr Desinteressement an Wilna offiziell zu erklären, wenn Polen bereit ist, mit der Sowjetregierung ein Sonderabkommen über gegenseitige Neutralität abzuschließen. Die Sowjetregierung betont aber die Notwendigkeit eines Sonderabkommens. Dieser Vorschlag der Sowjetregierung hat einige Sensation in Kreisen der Regierung hervorgerufen. Staatssekretär Knoll erklärte Wostkow, er werde umgehend den Vorschlag der Sowjetregierung der Regierung zur Kenntnis bringen und deren Stellungnahme der Sowjetregierung mitteilen.

es widerstrebe, sondern weil seine Rohstahlherzeugung gegenwärtig wegen des andauernden Bergarbeiterstreikes schwer daniiederliegt, weder leistungs- noch produktionsfähig ist. Die in Brüssel geschlossenen Verhandlungen beziehen sich in der Hauptsache auf eine dem Bedarf anzupassende Erzeugungshöhe beziehungsweise Beschränkung, dann auf die Preisfeststellung, Anschaffung von gegenseitiger Konkurrenz, Austausch der Rohstoffe usw. Dem Vernehmen nach bringt das Kartell Frankreich eine Jahresproduktion von 8 Millionen Tonnen, Deutschland von 10—11 Millionen Tonnen, Luxemburg wird etwa 3 % weniger als Belgien erhalten.

In der eisenhaltenden Industrie wird man das zustande gekommene Werk lebhaft begrüßen, während die bisherigen Widersprüche aus der eisenarbeitenden Industrie und der Verbraucherschaft sicherlich nicht verstummen werden, da der europäische Stahlpakt nunmehr einheitliche Preise festsetzen und Unterbietungen verhindern wird.

dem sogenannten „Verlagerungs- und Spargruppen“, auch nicht gerade an Klarheit gewonnen.

Der neue Gesetzentwurf soll nun die Unbestimmtheit der Artikel 123 und 121 der Verfassung, die das Vereins- und Versammlungsrecht behandeln, endlich beseitigen, und dabei ist festzustellen, daß von den bisher geltenden Bestimmungen nicht übermäßig abgewichen wird. Von einer übermäßig weitergehenden Ausgestaltung namentlich des Vereinsrechts ist nicht die Rede. Wenn z. B. die politischen Vereine genau so behandelt werden wie alle andere gearten, d. h. also, daß sie ebenso ihre Satzungen wie die Namen ihres Vorstandes der Polizei mitzuteilen haben, so dürfte ein derartiger Vorschlag bei der Beratung des Entwurfes im Reichstage auf einen überaus starken Widerspruch stoßen. Gerade das Wesen der politischen Vereinigungen, die übrigens nach jetzt